

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Dienstag, 23.03.2021

Ort: Stadthalle Braunschweig, Großer Saal, St. Leonhard 14, 38102 Braunschweig

Beginn: 11:00 Uhr

Ende: 17:26 Uhr

Anwesend

Mitglieder

Herr Frank Graffstedt - SPD

Herr Peter Edelmann - CDU

Frau Annika Naber - B90/GRÜNE

Herr Ulrich Markurth - Oberbürgermeister

Herr Dr. Helmut Blöcker - B90/GRÜNE

Frau Annegret Ihbe - SPD

Frau Anke Kaphammel - CDU

Herr Christoph Bratmann - SPD

Herr Nils Bader - SPD

Herr Matthias Disterheft - SPD

Herr Manfred Dobberphul - SPD

Herr Frank Flake - SPD

Frau Susanne Hahn - SPD

Frau Ellen Hannebohn - SPD

Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD

Frau Annette Johannes - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Frau Nicole Palm - SPD

Herr Dennis Scholze - SPD

Frau Annette Schütze - SPD

Frau Cornelia Seiffert - SPD

Herr Bayram Türkmen - SPD

Frau Simone Wilimzig-Wilke - SPD

Herr Kai-Uwe Bratschke - CDU

Herr Björn Hinrichs - CDU

Frau Antje Keller - CDU

Herr Reinhard Manlik - CDU

Herr Claas Merfort - CDU
Frau Heidemarie Mundlos - CDU
Herr Oliver Schatta - CDU
Herr Kurt Schrader - CDU
Herr Dr. Sebastian Vollbrecht - CDU
Herr Klaus Wendroth - CDU
Herr Thorsten Wendt - CDU
Frau Dr. Elke Flake - B90/GRÜNE
Herr Helge Böttcher - B90/GRÜNE
Herr Professor Dr. Dr. Wolfgang Büchs - B90/GRÜNE
Frau Beate Gries - B90/GRÜNE
Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE
Herr Dr. Rainer Mühlnickel - B90/GRÜNE
Herr Stefan Wirtz - AfD
Herr Mirco Hanker - AfD
Herr Gunnar Scherf - AfD
Herr Frank Weber - AfD
Frau Anneke vom Hofe - AfD
Frau Astrid Buchholz - BIBS
Herr Peter Rosenbaum - BIBS
Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.
Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.
Frau Anke Schneider - DIE LINKE.
Herr Carsten Lehmann - FDP
Herr Mathias Möller - FDP
Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P²
Herr Christian Bley - Die Fraktion P²

Verwaltung

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII
Herr Dr. Thorsten Kornblum - Dezernent II
Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III
Frau Dr. Anja Hesse - Dezernentin IV
Frau Dr. Christine Arbogast - Dezernentin V
Herr Gerold Leppa - Dezernent VI
Herr Christian Geiger - Dezernent VII
Frau Angela Facius - Verwaltung
Frau Tanja Hellermann - Verwaltung
Herr Martin Kirchhoff - Verwaltung

Abwesend

Mitglieder

Herr Thorsten Köster - CDU

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|--|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Ablauf der Beratungen für die Haushaltssatzung 2021 | 21-15505 |
| 3 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.02.2021 | |
| 4 | Mitteilungen | |
| 5 | Anträge | |
| 5.1 | Einbeziehung sozialer Belange bei Entwicklung von Neubauten im Stadtgebiet
Antrag der SPD-Fraktion | 21-15025 |
| 5.1.1 | Einbeziehung sozialer Belange bei der Aufstellung von Bebauungsplänen im Stadtgebiet - Änderungsantrag
Änderungsantrag der SPD-Fraktion | 21-15025-02 |
| 5.1.2 | Einbeziehung sozialer Belange bei der Aufstellung von Bebauungsplänen im Stadtgebiet - Änderungsantrag
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, B90/Die Grünen, Die Linke., BIBS und der Gruppe Die Fraktion P ² | 21-15025-03 |
| 5.2 | Vorbehaltbeschluss: Verlagerung Spielbank Bad Harzburg nach Braunschweig
Antrag der BIBS-Fraktion | 21-15263 |
| 5.3 | Energetische Quartierskonzepte
Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Die Grünen, Die Linke. und BIBS | 21-15426 |
| 5.3.1 | Energetische Quartierskonzepte
Stellungnahme der Verwaltung | 21-15426-01 |
| 5.4 | Impfbeschleunigung
Antrag der CDU-Fraktion | 21-15512 |
| 5.4.1 | Impfbeschleunigung
Stellungnahme der Verwaltung | 21-15512-01 |
| 5.5 | Resolution: Solidarisierung mit den Beschäftigten der BHW Plain Bearing GmbH
Antrag der Fraktionen der SPD und CDU | 21-15516 |
| 5.5.1 | Resolution: Solidarisierung mit den Beschäftigten der BHW Plain Bearings GmbH
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, B90/Die Grünen, Die Linke, BIBS; FDP und Die Fraktion P ² | 21-15516-01 |
| 6 | Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig | 21-15252 |

6.1	Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig	21-15252-01
7	Kommunalwahl am 12. September 2021 - Neubildung der Gemeindewahlleitung und Verlegung der Aufgabe Wahlen	21-15440
8	Vertreter der Stadt in der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig	21-15477
9	Berufung von 2 Ortsbrandmeistern und einem Stellvertretenden Ortsbrandmeister in das Ehrenbeamtenverhältnis	21-15282
10	Veräußerung von zwei städtischen Erbbaugrundstücken im Industriegebiet Hansestraße-West an die Volkswagen AG, Wolfsburg	21-15289
10.1	Veräußerung von zwei städtischen Erbbaugrundstücken im Industriegebiet Hansestraße-West an die Volkswagen AG, Wolfsburg	21-15289-01
11	Haushaltssatzung 2021 der Stadt Braunschweig	21-15506
11.1	Haushaltssatzung 2021 der Stadt Braunschweig	21-15506-01
12	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	21-15313
13	Umsetzung HHO: Änderung der Satzung über die Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek	21-15249
14	Umsetzung HHO: Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum	21-15251
15	Umsetzung HHO: Änderung der Satzung über die Gebühren des Stadtarchivs Braunschweig	21-15254
16	Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2021/2022	21-15273
17	Baulandpolitischer Grundsatzbeschluss	21-15042
18	Teilrücknahme des Geltungsbereichs der Veränderungssperre "Sudetenstraße", OE 40 Stadtgebiet zwischen A 391, A 392, Celler Heerstraße, Sudetenstraße, Schölke, der östlichen Flurstücksgrenzen der Flurstücke 254/75, 254/76, 254/79 sowie dem ehemaligen Ringgleis Satzungsbeschluss	21-15472
19	Stellungnahme der Stadt Braunschweig im förmlichen Beteiligungsverfahren zur Änderung und Ergänzung des Landesraumordnungsprogramms Niedersachsen (LROP), Entwurf 2021	21-15384
20	Veränderungssperre "Broitzemer Straße / Pippelweg", HO 56 Stadtgebiet zwischen Pippelweg, Münchenstraße und Westliches Ringgleis Satzungsbeschluss	21-15393

21	Anpassung der Förderrichtlinien des Förderprogramms für regenerative Energien und Energieeffizienzmaßnahmen	21-15283
22	Verordnung über das Naturschutzgebiet "Mascheroder- und Rautheimer Holz"	21-15310
23	Anfragen	
23.1	Schutz vor Corona durch asynchronen Schulbeginn Anfrage der CDU-Fraktion	21-15511
23.1.1	Schutz vor Corona durch asynchronen Schulbeginn Stellungnahme der Verwaltung	21-15511-01
23.2	Einfahrverbot für Elektroautos in Braunschweiger Parkhäuser und Tiefgaragen? Anfrage der AfD-Fraktion	21-15514
23.2.1	Einfahrverbot für Elektroautos in Braunschweiger Parkhäuser und Tiefgaragen? Stellungnahme der Verwaltung	21-15514-01
23.3	Elektromobilität und Ausbau der Ladeinfrastruktur Anfrage der BIBS-Fraktion	21-15510
23.3.1	Elektromobilität und Ausbau der Ladeinfrastruktur Stellungnahme der Verwaltung	21-15510-01
23.4	Sachstand zur Umsetzung des Smart City Strategiekonzeptes Anfrage der CDU-Fraktion	21-15513
23.4.1	Sachstand zur Umsetzung der Smart City Strategie Stellungnahme der Verwaltung	21-15513-01
23.5	Kriminalität unter unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) Anfrage der AfD-Fraktion	21-15515
23.5.1	Kriminalität unter unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) Stellungnahme der Verwaltung	21-15515-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

2. Ablauf der Beratungen für die Haushaltssatzung 2021

21-15505

Beschluss:

„Für die Beratungen über die Haushaltssatzung 2021 wird das in der Vorlage in den Ziffern 1 und 2 beschriebene Verfahren festgelegt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 16.02.2021**Beschluss:**

Das Protokoll wird genehmigt.

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 16.02.2021 wird bei einer Enthaltung genehmigt.

4. Mitteilungen

5. Anträge

5.1. Einbeziehung sozialer Belange bei Entwicklung von Neubauten im Stadtgebiet 21-15025
Antrag der SPD-Fraktion**Ergebnis:**

Der Antrag 21-15025 wird durch den Änderungsantrag 21-15025-03 ersetzt.

5.1.1. Einbeziehung sozialer Belange bei der Aufstellung von Bebauungsplänen im Stadtgebiet - Änderungsantrag 21-15025-02
Änderungsantrag der SPD-Fraktion**Ergebnis:**

Der Änderungsantrag 21-15025-02 wird durch den Änderungsantrag 21-15025-03 ersetzt.

5.1.2. Einbeziehung sozialer Belange bei der Aufstellung von Bebauungsplänen im Stadtgebiet - Änderungsantrag 21-15025-03
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, B90/Die Grünen, Die Linke., BIBS und der Gruppe Die Fraktion P²**Beschluss:**

„Im Rahmen geplanter Neubauvorhaben, **die durch die Erstellung von Bebauungsplänen flankiert sind**, sind die sozialräumlichen Erkenntnisse aus der integrierten Sozialstrukturplanung zukünftig frühzeitiger im Verfahren zu berücksichtigen.

Neben der formalen Beteiligung **durch die frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (z. B. zur Feststellung der benötigten Plätze in Kindertagesstätten und Schulen)** soll im **Rahmen** der gesamten Aufstellung der verbindlichen Bauleitplanung mit den

Fachkräften aus dem Sozialreferat eine **gemeinsame** Projektgruppe gebildet werden, um frühzeitig festzustellen,

- welche Bevölkerungsgruppen sich ansiedeln sollten, um eine gute Durchmischung sicherzustellen, und
- welche spezifischen Bedarfe daraus resultieren.

Hierbei soll es sowohl um Wohnraumkapazitäten und Gewerbegebäuden als auch um den Zuschnitt und die Verteilung von Außenflächen gehen. Ziel ist es, örtliche Begegnungsräume insoweit mit zu planen, dass attraktive Stadträume mit verbindlich vorhandenen Strukturen der Nachbarschafts- und Quartiersarbeit für die zukünftig dort wohnenden Menschen geschaffen werden.

Diese Maßnahmen sollen keine zusätzliche Bürokratie, keine zeitliche Verzögerung und keine Verteuerung des Wohnraums verursachen.“

Abstimmungsergebnis:

bei fünf Gegenstimmen beschlossen

5.2. Vorbehaltbeschluss: Verlagerung Spielbank Bad Harzburg nach Braunschweig 21-15263
Antrag der BIBS-Fraktion

Beschluss:

„Der Rat behält sich eine Entscheidung über die Nutzungsänderung des Grundstückes Hamburger Str. 52 für die Ansiedlung und den Betrieb einer Spielbank vor.“

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Fürstimmen abgelehnt

5.3. Energetische Quartierskonzepte 21-15426
Antrag der Fraktionen der SPD, B90/Die Grünen, Die Linke. und BIBS

Beschluss (Ziffer 3 geändert):

„1. Die Verwaltung wird gebeten, im Rahmen der Erstellung des Klimaschutzkonzeptes 2.0 eine Prioritätenliste der Quartiere zu erstellen, bei denen erwartet wird, dass sich durch die Erstellung energetischer Quartierskonzepte erhebliche Verbesserungen in der Stadtentwicklung und -sanierung erzielen lassen und in denen sich solche Konzepte sozialverträglich umsetzen lassen. Diese umfassen mindestens mögliche Verbesserungen im Bereich Energie, Wärme, Grün und Verkehr.

2. Das Konzept soll auch als Grundlage dienen, um private und öffentliche Akteure in den Quartieren zur Umsetzung konkreter Maßnahmen zu ermutigen.

3. Die Verwaltung wird gebeten, **möglichst** bis zur Sommerpause 2021 einen Vorschlag für ein Pilotprojekt in einem ersten Quartier zu unterbreiten, in dem zeitnah mit der Umsetzung eines energetischen Quartierskonzeptes unter Berücksichtigung der sozialen Verträglichkeit und der Mietpresstabilität (möglichst keine Erhöhung der Warmmieten) begonnen werden soll, und die dafür notwendigen Schritte darzulegen.

4. Die Verwaltung soll mögliche Fördermittel aus dem KfW-Programm 432 (Förderprogramm energetische Stadtsanierung in Niedersachsen) soweit wie möglich ausschöpfen.

5. Die Umsetzung erfolgt unter anderem in enger Kooperation mit der Nibelungen Wohnbau

GmbH und weiteren Braunschweiger Wohnungsgesellschaften.“

Abstimmungsergebnis:

bei fünf Gegenstimmen beschlossen

**5.3.1. Energetische Quartierskonzepte
Stellungnahme der Verwaltung**

21-15426-01

Ergebnis:

Die Stellungnahme 21-15426-01 wird zur Kenntnis genommen.

**5.4. Impfbeschleunigung
Antrag der CDU-Fraktion**

21-15512

Ergebnis:

Der Antrag 21-15512 wird vom Antragsteller zurückgezogen.

**5.4.1. Impfbeschleunigung
Stellungnahme der Verwaltung**

21-15512-01

Ergebnis:

Die Stellungnahme 21-15512-01 wird zur Kenntnis genommen.

**5.5. Resolution: Solidarisierung mit den Beschäftigten der BHW Plain
Bearing GmbH
Antrag der Fraktionen der SPD und CDU**

21-15516

Ergebnis:

Der Antrag 21-15516 wird durch den Änderungsantrag 21-15516-01 ersetzt.

**5.5.1. Resolution: Solidarisierung mit den Beschäftigten der BHW Plain
Bearings GmbH
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU, B90/Die Grünen,
Die Linke, BIBS; FDP und Die Fraktion P²**

21-15516-01

Beschluss:

„Der Rat der Stadt Braunschweig solidarisiert sich mit dem Betriebsrat und den mehr als 270 Beschäftigten des Werks der BHW Plain Bearings GmbH Braunschweig (in Braunschweig besser bekannt als Zollern BHW) und spricht sich entschieden gegen die geplante Schließung aus.

Gleichzeitig fordert der Rat der Stadt Braunschweig, die durch die Eigentümer gegebene Standort- und Beschäftigungsgarantie sowie die Investitionszusagen einzuhalten.

Der Standort in Braunschweig hat eine Chance, der Standort hat eine Zukunft, und deshalb erwartet die Stadt Braunschweig, dass der Mehrheitseigner MIBA AG das in Braunschweig vorhandene Wissen in Form der Galvanik nicht abzieht und dass der Minderheitseigner Zollern GmbH & Co. KG seine Sperrminorität gegen die Zerstörung von mehr als 270 Arbeits-

plätzen einsetzt.

Die beteiligten Unternehmen werden aufgefordert, mit dem Betriebsrat und den Beschäftigten an den Verhandlungstisch zu treten und über die Zukunft des Werkes in Braunschweig zu sprechen.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

6. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig

21-15252

Abstimmungsergebnis:
beschlossen in der Fassung der Vorlage 21-15252-01

6.1. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig

21-15252-01

Beschluss:

„Die als Anlage beigefügte Neunte Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:
bei wenigen Enthaltungen beschlossen

7. Kommunalwahl am 12. September 2021 - Neubildung der Gemeindewahlleitung und Verlegung der Aufgabe Wahlen

21-15440

Beschluss:

„1. Stadtrat Dr. Thorsten Kornblum wird als Gemeindewahlleiter abberufen.

Für die Aufgaben der Gemeindewahlleitung und zur Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen am 12. September 2021 und für die nachfolgenden Aufgaben der Gemeindewahlleitung in der Ratsperiode ab 1. November 2021 wird mit sofortiger Wirkung als Wahlleitung berufen:

Gemeindewahlleiter: Erster Stadtrat Christian A. Geiger

Stellv. Gemeindewahlleiter: Baudirektor Hermann Klein

2. Der Aufgabenbereich Wahlen des Referates 0120 Stadtentwicklung und Statistik (Stelle 0120.20 Wahlen) wird vom Dezernat II, Personal-, Digitalisierungs-, Rechts- und Ordnungsdezernat, in das Dezernat VII, Finanz- und Feuerwehrdezernat, verlagert.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

8. Vertreter der Stadt in der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig

21-15477

Beschluss:

„Als Nachfolgerin für Herrn Karl Grziwa als Vertreter der Stadt Braunschweig in der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Großraum Braunschweig wird Frau Sophie Ramdor gewählt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**9. Berufung von 2 Ortsbrandmeistern und einem Stellvertretenden
Ortsbrandmeister in das Ehrenbeamtenverhältnis**

21-15282

Beschluss:

„Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

Ifd Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Rautheim	Ortsbrandmeister	Paul, Stefan
2	Mascherode	Ortsbrandmeister	von Hagen, Ulrich
3	Mascherode	Stellvertretender Ortsbrandmeister	Molnar, Gregor

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

10. Veräußerung von zwei städtischen Erbbaugrundstücken im Industriegebiet Hansestraße-West an die Volkswagen AG, Wolfsburg

21-15289

Abstimmungsergebnis:

beschlossen in der Fassung der Vorlage 21-15289-01

10.1. Veräußerung von zwei städtischen Erbbaugrundstücken im Industriegebiet Hansestraße-West an die Volkswagen AG, Wolfsburg 21-15289-01**Beschluss:**

„Der Veräußerung von zwei städtischen Erbbaugrundstücken im Industriegebiet Hansestraße-West an die Volkswagen AG, Wolfsburg, wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen beschlossen

11. Haushaltssatzung 2021 der Stadt Braunschweig

21-15506

Beschluss:

- „1. Die Haushaltssatzung 2021 (Anlage 1) mit
 - a) dem Haushaltsplan 2021 einschließlich Stellenplan und Investitionsprogramm 2020 - 2024
 - b) den Haushaltsplänen 2021 einschließlich Stellenübersichten und Investitionsprogrammen 2020 - 2024 für
 - die Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement
 - die Sonderrechnung Stadtentwässerung und
 - die Sonderrechnung Abfallwirtschaft
 - c) dem Haushaltsplan 2021 des Sondervermögens „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“

wird entsprechend den Beschlussempfehlungen des Finanz- und Personalausschusses und den während der Sitzung gefassten Empfehlungen des Verwaltungsausschusses zusammen mit den während der Haushaltslesung angenommenen Anträgen beschlossen.

2. Die finanzunwirksamen Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte werden entsprechend den Beschlussempfehlungen des Finanz- und Personalausschusses und den während der Sitzung gefassten Empfehlungen des Verwaltungsausschusses zusammen mit den während der Haushaltslesung angenommenen Anträgen beschlossen.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, die sich aus den vorstehenden Beschlusspunkten und der Aufteilung der Personalaufwendungen ergebenden Veränderungen in der Endauffertigung des Haushaltplanes 2021 auf die Teilhaushalte einschließlich der Produktdarstellung zu übertragen."

Abstimmungsergebnis (gemeinsame Abstimmung mit Ergänzungsvorlage 21-15506-01):

Gesamtvorlage in der Fassung der Vorlage 21-15506 ergänzt um die Vorlage 21-15506-01: mehrheitlich beschlossen

11.1. Haushaltssatzung 2021 der Stadt Braunschweig

21-15506-01

Beschluss:

- „1. Die Haushaltssatzung 2021 (Anlage 1) mit
 - a) dem Haushaltsplan 2021 einschließlich Stellenplan und Investitionsprogramm 2020 - 2024
 - b) den Haushaltsplänen 2021 einschließlich Stellenübersichten und Investitionsprogrammen 2020 - 2024 für
 - die Sonderrechnung Fachbereich 65 Hochbau und Gebäudemanagement
 - die Sonderrechnung Stadtentwässerung und
 - die Sonderrechnung Abfallwirtschaft
 - c) dem Haushaltsplan 2021 des Sondervermögens „Pensionsfonds der Stadt Braunschweig“wird entsprechend den Beschlussempfehlungen des Finanz- und Personalausschusses und den während der Sitzung gefassten Empfehlungen des Verwaltungsausschusses zusammen mit den während der Haushaltslesung angenommenen Anträgen beschlossen.
2. Die finanzunwirksamen Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte werden entsprechend den Beschlussempfehlungen des Finanz- und Personalausschusses und den während der Sitzung gefassten Empfehlungen des Verwaltungsausschusses zusammen mit den während der Haushaltslesung angenommenen Anträgen beschlossen.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, die sich aus den vorstehenden Beschlusspunkten und der Aufteilung der Personalaufwendungen ergebenden Veränderungen in der Endauffertigung des Haushaltplanes 2021 auf die Teilhaushalte einschließlich der Produktdarstellung zu übertragen.“

Abstimmungsergebnis (gemeinsame Abstimmung mit Vorlage 21-15506):

Gesamtvorlage in der Fassung der Vorlage 21-15506 ergänzt um die Vorlage 21-15506-01: mehrheitlich beschlossen

12. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €

21-15313

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

13. Umsetzung HHO: Änderung der Satzung über die Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek

21-15249

Beschluss:

„Die dritte Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzungs- und Gebührensatzung für die Stadtbibliothek Braunschweig wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung

Ziffer 1.1 der Satzung (Jahresbenutzungsgebühr): bei vier Gegenstimmen und einer

Enthaltung beschlossen

Rest der Satzung: bei zwei Gegenstimmen und einer

Enthaltung beschlossen

14. Umsetzung HHO: Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum 21-15251**Beschluss:**

„Die dritte Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig abgelehnt

15. Umsetzung HHO: Änderung der Satzung über die Gebühren des Stadtarchivs Braunschweig 21-15254**Beschluss:**

„Die dritte Satzung zur Änderung der Satzung über die Gebühren des Stadtarchivs Braunschweig (Archivgebührenordnung - ArchivGO) wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung

Ziffer 1 der Satzung (Gruppenführungen): bei wenigen Gegenstimmen beschlossen

Rest der Satzung: bei wenigen Gegenstimmen und einer

Enthaltung beschlossen

16. Anpassung der Angebote im Kindertagesstätten- und Schulkindbetreuungsbereich zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2021/2022 21-15273**Beschluss:**

1. Den in den Anlagen A und B dargestellten Angebotsanpassungen zum Kindergarten- bzw. Schuljahr 2021/2022 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt diese Angebotsanpassungen umzusetzen. Die erforderlichen Haushaltsmittel für den Kindertagesstättenbereich können für 2021 aus dem Budget des FB 51 gedeckt werden. Ab 2022 und Folgejahre werden die Mittel ggf. ergebnisbelastend im Haushalt eingeplant. In der Schulkindbetreuung wird der Mittelbedarf 2021 und Folgejahre aus dem Gesamthaushalt zur Verfügung gestellt.
3. Stellen sich zu Beginn des neuen Kindergarten- bzw. Schuljahres derzeit noch nicht erkennbare Änderungen in der Belegungssituation dar, so sollen Angebotsanpassungen kostenneutral im lfd. Kindergarten - bzw. Schuljahr 2021/2022 im Einvernehmen mit dem Träger realisiert werden. Der Jugendhilfeausschuss wird im 4. Quartal 2021 über die vorgenommenen Änderungen unterrichtet.
4. Angebotsanpassungen in städtischen Kindertagesstätten und Schulkindbetreuungseinrichtungen haben Auswirkungen auf den jeweiligen Personal- und Stellenbedarf. Die Stellenanpassungen werden im Rahmen des Stellenplanverfahrens berücksichtigt. Die Finanzierung erfolgt aus den im Budget zur Verfügung stehenden jeweiligen Sachmit-

teln.“

Abstimmungsergebnis:
bei vier Enthaltungen beschlossen

17. Baulandpolitischer Grundsatzbeschluss

21-15042

„Baulandpolitischer Grundsatzbeschluss

Die städtische Flächenvorsorge- und Bodenpolitik folgt künftig folgenden Rahmenvorgaben:

1. Strategische Ausrichtung von Flächenvorsorge und Baulandentwicklung

Flächenvorsorge und Baulandentwicklung der Stadt Braunschweig sind an den Entwicklungszielen des „Zukunftsbildes Braunschweig“ und des „Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes“ (ISEK 2030) mit dem Ziel zu orientieren, auf dem städtischen Bodenmarkt Verlässlichkeit, Gleichbehandlung und Planungssicherheit für alle Akteure zu schaffen.

Das liegenschaftliche Engagement der Stadt Braunschweig und ihrer Gesellschaften (kurz „Stadt“ genannt) ist darauf auszurichten, eine sozialgerechte, nachhaltige und städtebaulich qualifizierte Baulandentwicklung für das Wohnen sicherzustellen. Die Flächenvorsorge für öffentliche Infrastruktur, naturschutzfachlichen Ausgleich, für Gewerbe, Industrie und Forschungseinrichtungen ist ebenso zu intensivieren.

2. Strategischer Flächenerwerb und langfristige Bodenvorratspolitik

Zur Erreichung der Ziele ist ein verstärktes Engagement der Stadt auf dem Grundstücksmarkt durch eine aktive Bodenpolitik und eine liegenschaftliche Partizipation der Stadt bei der Baulandschaffung notwendig.

Zur Deckung des laufenden Flächenbedarfes und zum Aufbau eines langfristigen Bodenvorrates sind frühzeitig und in ausreichendem Umfang für die unter 1. genannten Nutzungsarten jeweils geeignete Flächen oder Schlüsselgrundstücke zu erwerben und vorzuhalten, die - angelehnt an die Bedarfsentwicklung - möglichst ein Mehrfaches des durchschnittlichen jährlichen Flächenumsatzes umfassen.

Der Einsatz der stets nur begrenzt verfügbaren finanziellen Ressourcen für Flächenerwerb und Bodenvorratspolitik soll im Interesse einer hohen Zielerreichung möglichst effektiv erfolgen. Daher ist der Konzern Stadt Braunschweig konsequent intern und extern strategisch aufzustellen, um Vorbereitung und Durchführung des Erwerbs von Grundstücken ebenso professionell und wirtschaftlich sicherzustellen wie die anschließende Betreuung und Verwendung erworbener Grundstücke.

3. Schaffung von bezahlbarem Wohnraum

Ziel ist es, dass die Stadt für die Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum vor Planungsbeginn das Eigentum an allen dafür benötigten Flächen erwirbt oder den dinglich gesicherten Zugriff erhält. Zur möglichst dauerhaften Sicherung eines ausreichenden Angebots an Mietwohnungen im unteren und mittleren Preissegment sowie zur Entlastung der Kosten der Unterkunft soll eine gezielte Bereitstellung von Grundstücken für spezielle Bedarfsgruppen über Vergaberichtlinien erfolgen.

Die Nutzung der durch die städtische Bauleitplanung bewirkten Bodenwertsteigerungen soll der preisdämpfenden Baulandentwicklung dienen.

Sofern sich Flächen im Eigentum Dritter befinden, wird die Stadt nur Planungsrecht schaffen, wenn sich der Eigentümer oder Planungsbegünstigte neben den bisherigen Regelungen in den städtebaulichen Verträgen mit den neuen, hier dargelegten Regeln der Baulandentwicklung der Stadt einverstanden erklärt:

3.1 Bei Wohnbauvorhaben der Außenentwicklung wird die Stadt Bauleitplanverfahren nur einleiten, wenn der Planungsbegünstigte mindestens 50 % der potenziellen Baufläche an die Stadt zu definierten Konditionen veräußert oder dem dinglich gesicherten Zugriff auf diese Fläche zustimmt.

3.2 Bei Vorhaben der Innenentwicklung, die einen Bebauungsplan erfordern, kann vom Grundsatz der liegenschaftlichen Partizipation abgewichen werden, soweit dies für eine kostendeckende und angemessene Durchführung des Planungsvorhabens nachweislich erforderlich ist.

3.3 Schaffung von Wohnraum für das mittlere Preissegment: Neben der schon beschlossenen Quote für die Schaffung von Sozialwohnraum wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, auf welche Weise zusätzlicher Wohnraum auch im mittleren Preissegment hergestellt werden kann.

4. Entwicklung von gewerblichen Bauflächen

Zur Deckung des laufenden Flächenbedarfs v. a. für Gewerbe, Industrie und Forschungseinrichtungen ist ergänzend zur Ausweisung neuer Gebiete der Außenentwicklung auch eine Baulandentwicklung im Siedlungsbestand, z. B. durch Revitalisierung, Konversion, Funktionsmischung oder Verdichtung, sinnvoll. Hierfür ist ein Konzept zu entwickeln.

Parallel dazu sind in Anbetracht knapper Flächenreserven im Stadtgebiet auch weiterhin interkommunale Lösungen anzustreben.

5. Umsetzung

Die Verwaltung wird beauftragt, zu den Punkten 2, 3 und 4 detaillierte Regelungen für die praktische Umsetzung zu erarbeiten und diese dem Rat zur Entscheidung vorzulegen. Dazu gehört auch, den voraussichtlichen finanziellen und personellen Mehrbedarf zu ermitteln, zu benennen und ihre Verfügbarkeit zeitlich mit den Ankaufsentscheidungen zu synchronisieren. Soweit die im Konzern Stadt benötigten Ressourcen nicht zur Verfügung stehen, wird die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zum stufenweisen Aufbau dieser Ressourcen zu entwickeln.

6. Stichtagregelung

Die Regelungen dieses Baulandpolitischen Grundsatzbeschlusses gelten ab dem Stichtag des Ratsbeschlusses. Alle laufenden Verfahren, für die ein städtebaulicher Vertrag über Planungsleistungen bereits abgeschlossen wurde, fallen nicht darunter.“

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung

Ziffer 3: bei 5 Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen beschlossen

Rest der Vorlage: bei 5 Gegenstimmen beschlossen

-
- 18. Teilrücknahme des Geltungsbereichs der Veränderungssperre "Sudetenstraße", OE 40
Stadtgebiet zwischen A 391, A 392, Celler Heerstraße, Sudetenstraße, Schölke, der östlichen Flurstücksgrenzen der Flurstücke 254/75, 254/76, 254/79 sowie dem ehemaligen Ringgleis
Satzungsbeschluss** 21-15472

Beschluss:

„Der Geltungsbereich der in der Anlage beigefügten Veränderungssperre vom 6. November 2018 für den Bebauungsplan mit örtlicher Bauvorschrift „Sudetenstraße“, OE 40, für das im Betreff bezeichnete Stadtgebiet, wird für den in der Anlage 2b dargestellten Bereich zurückgenommen.“

Abstimmungsergebnis:

bei einigen Gegenstimmen beschlossen

-
- 19. Stellungnahme der Stadt Braunschweig im förmlichen Beteiligungsverfahren zur Änderung und Ergänzung des Landesraumordnungsprogramms Niedersachsen (LROP), Entwurf 2021** 21-15384

Beschluss:

„Der Stellungnahme der Stadt Braunschweig im Rahmen des förmlichen Beteiligungsverfahrens zur Änderung und Ergänzung des Landesraumordnungsprogramms Niedersachsen (LROP) wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

-
- 20. Veränderungssperre "Broitzemer Straße / Pippelweg", HO 56
Stadtgebiet zwischen Pippelweg, Münchenstraße und Westliches
Ringgleis
Satzungsbeschluss** 21-15393

Beschluss:

„Für das im Betreff bezeichnete Stadtgebiet, das in Anlage 2b dargestellt ist, wird gemäß §§ 14 ff. Baugesetzbuch (BauGB) die als Anlage beigelegte Veränderungssperre für zwei Jahre als Satzung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:
bei einer Gegenstimme beschlossen

-
- 21. Anpassung der Förderrichtlinien des Förderprogramms für regenerative Energien und Energieeffizienzmaßnahmen** 21-15283

Beschluss:

„Das Förderprogramm für regenerative Energien soll künftig über die Richtlinien "Förderung von Solarstromerzeugung und Mieterstrom", "Förderung regenerativer Wärme im Bestand" und "Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen im Bestand", vorbehaltlich entsprechender Haushaltsmittel, umgesetzt werden.“

Abstimmungsergebnis:
bei fünf Gegenstimmen und einer Enthaltung beschlossen

-
- 22. Verordnung über das Naturschutzgebiet "Mascheroder- und Rautheimer Holz"** 21-15310

Beschluss:

„Die als Anlage 1 beigelegte Verordnung über das Naturschutzgebiet „Mascheroder- und Rautheimer Holz“ in der Stadt Braunschweig (NSG BR 153) wird mit den als Anlagen 2 bis 6 beigelegten Karten beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:
bei fünf Gegenstimmen beschlossen

23. Anfragen

-
- 23.1. Schutz vor Corona durch asynchronen Schulbeginn
Anfrage der CDU-Fraktion** 21-15511

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich (Stellungnahme 21-15511-01).

23.1.1.Schutz vor Corona durch asynchronen Schulbeginn 21-15511-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Stellungnahme 21-15511-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

23.2. Einfahrverbot für Elektroautos in Braunschweiger Parkhäuser und Tiefgaragen? 21-15514
Anfrage der AfD-Fraktion

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Ersten Stadtrat Geiger (Stellungnahme 21-15514-01).

23.2.1.Einfahrverbot für Elektroautos in Braunschweiger Parkhäuser und Tiefgaragen? 21-15514-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Stellungnahme 21-15514-01 wird zur Kenntnis genommen.

23.3. Elektromobilität und Ausbau der Ladeinfrastruktur 21-15510
Anfrage der BIBS-Fraktion

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich (Stellungnahme 21-15510-01).

23.3.1.Elektrromobilität und Ausbau der Ladeinfrastruktur 21-15510-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Stellungnahme 21-15510-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

23.4. Sachstand zur Umsetzung des Smart City Strategiekonzeptes 21-15513
Anfrage der CDU-Fraktion

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt schriftlich (Stellungnahme 21-15513-01).

23.4.1.Sachstand zur Umsetzung der Smart City Strategie 21-15513-01
Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Stellungnahme 21-15513-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

23.5. Kriminalität unter unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA)

21-15515

Anfrage der AfD-Fraktion

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Arbogast (Stellungnahme 21-15515-01).

23.5.1.Kriminalität unter unbegleiteten minderjährigen Ausländern (UMA) 21-15515-01

Stellungnahme der Verwaltung

Ergebnis:

Die Stellungnahme 21-15515-01 wird zur Kenntnis genommen.

Vorsitz

Schriftführung